Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Auftrag der Sektion Uri vom Heimverband Schweiz (Zusammenschluss aller Urner Alters- und Pflegeheime) reiche ich, gestützt auf Artikel 82 der Geschäftsordnung diese Motion ein. Sie betrifft die „Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV,,:

Der Artikel 4 der Verordnung über die AHV und IV sollte geändert werden, so dass der Prozentsatz im Absatz 1 von 420 % auf 450% erhöht wird oder in Zukunft durch den Landrat flexibel gehandhabt werden kann. Zudem muss im Absatz 2 der Prozentsatz 45 % überprüft werden, weil er im direkten Zusammenhang zum Absatz 2 steht.

Artikel 41) Anrechenbare Heim- oder Spitalkosten

1 Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Pflegeheim oder einem Spital entstehen, werden im Umfang von 420 Prozent des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss Artikel 3b Absatz 1 Buchstabe a ELG2) berücksichtigt.3)

2 Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Altersheim entstehen, werden auf 45% des nach Absatz 1 ermittelten Betrages begrenzt.

3 Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Behindertenwohnheim entstehen, werden bis zum massgebenden minimalen Pensionspreis berücksichtigt, den das Bundesamt für Sozialversicherung festlegt.4)

Begründung der Motion

Auf den 1.1.1999 wurde die Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV dem Bundesrecht angeglichen. Die Kosten im Gesundheitswesen sind einem starken Wachstum unterworfen, dies hat verschiedene Ursachen. Es zeigt sich auch im Budget 2002 des Kantonsspitals Uri, die Heime sind von dieser Kostenentwicklung ebenfalls betroffen.

Ergänzungsleistungsbezüger gehören einer finanzschwachen Gesellschaftsschicht an, Ergänzungsleistungen sind in diesem Sinne auch keine Sozialhilfe sondern berechnete Leistungen, die jemand anfordern kann, wenn seine finanziellen Mittel Zuhause oder Heim/Spital (Geriatric) nicht ausreichen.

Im Artikel 4 der Verordnung über die EL wird eine Beschränkung der Tagestaxen für Alters- und Pflegeheime sowie für die Geriatric des KSU erreicht. Diese legt die Höchsttaxe der verrechenbaren Leistungen fest. Zur Zeit liegt sie bei Fr. 194.00 pro Tag im Pflegeheim und bei Fr. 87.00 im Altersheim. Einige Pflegeheim- oder Geriatricpatienten in der höchsten Pflegestufe (BESA-Stufe 4) überschreiten diesen Betrag, sind diese nun EL-Bezüger können sie wegen der Taxbeschränkung nicht mehr alle zustehenden Mittel des vom Bund festgelegten Betrages von Fr. 31'586.00 pro Jahr ausschöpfen.

Ein Pflegeheim- oder Geriatric-Aufenthalt wird aus eigenen Mitteln, Ergänzungsleistungen, Hilflosenentschädigung, Krankenkassenbeiträgen,

Verwandtenunterstützung und Sozialhilfe finanziert, wobei sich die Krankenversicherer auf Teilpauschalen je nach Pflegestufen ausrichten.

Für die Jahre 2000 und 2001 konnte 1999 ein neuer Vertrag mit den Krankenversicherern ausgehandelt werden und dies wurde kürzlich auch wieder für das Jahr 2002 festgelegt. Dies hatte zur Folge, dass die Krankenversicherer aufgrund der Kostenrechnung bereit waren, höhere Beiträge bei den Schwerstpflegebedürftigen auszurichten, nämlich im BESA 3 Fr. 6.00 und im BESA 4 Fr. 15.00 pro Tag. Eigentlich ein gutes Ergebnis, doch die höheren Krankenbeiträge führten lediglich dazu, dass wegen der Taxbegrenzung weniger EL ausbezahlt werden musste. Davon profitiert haben nicht die Pflegepatienten sondern der Kanton Uri (Staatskasse) und die Gemeinden. Ein Umstand der für schwerstpflegebedürftige EL-Bezüger sehr unbefriedigend ist.

Es geht nun darum, dass für Ergänzungsleistungsbezüger in den höchsten Pflegestufen die Taxbegrenzung genau um den Teil geöffnet wird, den die Krankenversicherer durch höhere Leistungen erbringen. Um das zu ändern, braucht es eine Anpassung des Artikel 4 und zwar zugunsten der Schwerstpflegebedürftigen.

Sozialpolitische Forderungen haben immer auch eine finanzpolitische Seite. Diese habe ich auch mitberücksichtigt, denn die Anpassung erfolgt moderat, im Rahmen der zusätzlichen Leistungen der Krankenversicherer und wird immer durch den vom Bund festgelegten Höchstbetrag begrenzt.

Damit ist es kein Fass ohne Boden, sondern lässt nur das zu, was im Rahmen des Gesetzes möglich ist. Es kann auch nicht der Zweck unserer Verhandlungen mit den Krankenversicherern sein, dass diese zwar mehr leisten, aber es dann zu einer Kürzung der Ergänzungsleistungen führt.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, meine Motion zu unterzeichnen und ein Zeichen für die Schwerstpflegebedürftigen zu setzen. Ich danke Ihnen schon im Voraus für die Unterstützung.

Landrat Marco Petruzzi – Fraktionschef CVP